



Ausschussdrucksache 21(17)8

vom 6. November 2025

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

„Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

Stefan Liebich

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leiter des Büros New York

Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

Stellungnahme des Anzuhörenden Stefan Liebich, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leiter des Büros New York

Ich bedanke mich beim Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe für die Einladung. Im Folgenden werde ich zu den Fragen Stellung nehmen, zu denen ich Expertise vorzuweisen habe. Ich bin mir sicher, dass bei den Fragen, die ich hier nicht anspreche, andere Anzuhörende fundierte Beiträge leisten können.

Das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York ist das Büro unserer Organisation, das in und mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet. Aus dieser Perspektive nehme ich wie folgt Stellung.

Formen, Akteure und Ziele von staatlicher Desinformation

Gibt es einzelne Menschenrechte, die stärker als andere das Ziel von Desinformation sind?

Im Dezember 2021 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen ihre Sorge über fortgesetzte Desinformation geäußert. VN-Generalsekretär António Guterres hat daraufhin einen Bericht vorgelegt, in dem er darauf Bezug nimmt, dass die Meinungsfreiheit und die Freiheit, Informationen zu suchen, zu bekommen und weiterzugeben, in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind. (<https://docs.un.org/en/A/77/287>) Dieses Menschenrecht ist am stärksten von Desinformation beeinträchtigt.

Welche 20 Staaten sind als die führenden Akteure staatlich veranlasster Desinformation zu sehen?

Das beste Mittel, um staatlich veranlasster Desinformation entgegenzuwirken, ist eine freie Presse. Folgt man der Einschätzung der Organisation "Reporter ohne Grenzen" bedeutet Pressefreiheit dass Journalistinnen und Journalisten als Einzelpersonen und Gruppen Nachrichten im öffentlichen Interesse auswählen, produzieren und verbreiten können, ohne dass sie dabei von Politik, Wirtschaft, Recht oder Gesellschaft beeinflusst werden und ohne dass ihre körperliche und geistige Unversehrtheit gefährdet ist. (<https://rsf.org/en/methodology-used-compiling-world-press-freedom-index-2025>) Auf dieser Grundlage hat die Organisation eine Methodologie entwickelt und Staaten verglichen. Im Ergebnis wurden hier nachfolgende Staaten als jene im Jahr 2025 mit der geringsten Pressefreiheit definiert: Eritrea, Nordkorea, China, Syrien, Iran, Afghanistan, Turkmenistan, Vietnam, Nicaragua, Russland, Myanmar, Djibouti, Aserbaidschan, Belarus, Kuba, die Vereinigten Arabischen Emirate, Palästina, Saudi-Arabien, Kambodscha, Venezuela. Zum Vergleich: Deutschland befindet sich auf dem 11. von 180 Plätzen und hat einen Punkt verloren und die USA auf Platz 57 und hat 2 Punkte verloren. (<https://rsf.org/en/index>)

Begriffliche und theoretische Einordnung von Desinformation

Was ist Ihre Definition von "Desinformation", ist es Falschinformation, interessengeleitet selektive Information, Fake News, und sind diese Begriffe auch konstruktivistische Werkzeuge zur Aufrechterhaltung eines interessengeleiteten Herrschaftsdiskurses, unabhängig vom Status nicht-, semi- bzw. autoritärer Regierungen?

In dem oben genannten Bericht des VN-Generalsekretärs wird ausgeführt, dass es "keine klare Definition oder ein gemeinsames Verständnis oder gemeinsamen Ansatz für den Begriff „Desinformation“ (gibt). Der Begriff wird von der Internationalen Telekommunikationsunion und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) verwendet, um falsche oder irreführende Inhalte zu beschreiben, die bestimmten Schaden verursachen können, unabhängig von Motiven, Bewusstsein oder Verhalten. Der Sonderberichterstatter für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung definiert Desinformation ähnlich als 'falsche Informationen, die absichtlich verbreitet werden, um ernsthaften sozialen Schaden zu verursachen'."

Ich mache mir diese Definition zu eigen.

Politische, gesetzgeberische und gesellschaftliche Gegenstrategien

Welche staatlichen Maßnahmen sollten ergriffen oder verstärkt werden, um gegen Desinformation allgemein vorzugehen?

Welcher legislativ zu implementierender, allseitig gegen die Nutzung von Einfallstoren für Beeinflussung wirkender Mechanismen, Maßnahmen und Frühwarnsysteme bedarf es?

Die Vereinten Nationen empfehlen, anstelle von legislativen Einschränkungen, dass Staaten freie und unabhängige Medien fördern und schützen und für möglichst viel Transparenz und Zugang zu Informationen sorgen sollten, um Vertrauen in öffentliche Institutionen, Regierungsführung und Prozesse aufzubauen. Sie sollten auch die Beteiligung der Öffentlichkeit auf allen Ebenen fördern und sinnvolle Dialoge und Debatten ermöglichen. Einschränkungen der Meinungsfreiheit sind aus Sicht der VN nur in Ausnahmefällen zulässig.

Wenn Einschränkungen auferlegt werden, sollten sie gesetzlich vorgesehen, für den Schutz der Rechte des Einzelnen oder der nationalen Sicherheit notwendig und verhältnismäßig sein. Einschränkungen dürften in der Praxis nicht dazu dienen, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Staaten sollten jedoch diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die zu nationalem, rassistischem oder religiösem Hass aufstacheln. (<https://www.un.org/en/countering-disinformation>)

In Artikel 20 Absatz 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte heißt es, dass Propaganda für Krieg oder Aufstachelung zu nationalem, rassistischem oder religiösem Hass, die zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt anstiftet, gesetzlich verboten werden sollten. (<https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights>)

Neben gesetzgeberischen Maßnahmen und der Kritik von Entwicklungen in autoritären Staaten sind politische Akteure in demokratische Staaten schließlich meines Erachtens gut beraten, nicht mit zweierlei Maß zu messen und negative Entwicklungen auch in jenen Ländern aufmerksam zu verfolgen und ihnen entgegenzuwirken, mit denen das eigene Land aus historischen oder wirtschaftlichen Gründen verbunden ist. Schaut man sich die aktuelle Liste der "Feinde der Pressefreiheit" der "Reporter ohne Grenzen" an, werden dort neben Wladimir Putin oder Nicolás Maduro eben auch die israelischen Streitkräfte oder Brendan Carr, der Vorsitzende der Federal Communications Commission in den USA benannt.

(<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/artikel/pressemitteilungen/4127/die-feinde-der-pressefreiheit-2025>) Hier nicht zu schweigen, würde die Glaubwürdigkeit der Kritik an autoritären Staaten erhöhen.